

Wahlprüfsteine des Landesfrauenrat Hamburg e.V. zur Bundestagswahl 2017

Antworten der Freien Demokraten Hamburg

- 1. Im Genderranking weltweit steht die Bundesrepublik Deutschland nur auf Platz 13. Durch welche Maßnahmen wollen Sie dazu beitragen, dass Deutschland – wie die nordischen Staaten – gleichstellungspolitisch Spitze wird?**

Im Bereich Gleichstellung von Frau und Mann muss noch viel passieren. Zentrales Element hierbei ist die Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt. Eine umfassende Gleichstellung in diesem Lebensbereich ist unumgänglich und kann in andere soziale und kulturelle Lebensbereiche wirken. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass einzig die Leistung entscheidendes Kriterium wird. Geschlecht und mögliche Familienplanung dürfen an dieser Stelle keine Rolle spielen.

- 2. Zur Durchsetzung der Gleichstellung gibt es die Instrumente der Frauenförderung, der Quotierung, des Gendermainstreaming, des Genderbudgeting. Wie wollen Sie diese Instrumente als Hebel zur Umsetzung von Artikel 3 GG stärken?**

Wir Freie Demokraten befürworten grundsätzlich Maßnahmen, die strukturelle Ungerechtigkeiten im Bereich der Gleichstellung von Frau und Mann reduzieren. Eine gesetzliche Quote von Frauen in Führungspositionen lehnen wir jedoch ab, da so die entsprechenden Frauen zu Platzhaltern degradiert und nicht entsprechend ihrer Leistung gewürdigt werden. Hier sollten stattdessen Anreize für die Unternehmen geschaffen und Maßnahmen wie verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen eingeführt werden.

- 3. Sollte es ein eigenes Frauenministerium – und Gleichstellungsministerium geben? Wie kann innerhalb der Bundespolitik eine bessere Politikkohärenz zugunsten der Geschlechtergerechtigkeit erzielt werden? Die CEDAW- Konvention gegen jegliche Diskriminierung der Frau verlangt ein proaktives Verhalten der UN- Staaten. Wie definieren sie diese Rolle des Staates?**

Wir Freie Demokraten halten ein eigenes Frauen- und Gleichstellungsministerium für nicht zwangsläufig erforderlich. Die Aufgabe des Staates ist es in unseren Augen, Weichen zu stellen und die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dafür bedarf es einer übersichtlichen und effizienten Bürokratie. Das Themengebiet Gleichstellung ist ein sehr weitläufiges und umfasst viele unterschiedliche politische Dimensionen wie Familie oder Arbeit. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, innerhalb der bereits vorhandenen Ministerien die notwendigen Strukturen zu schaffen beziehungsweise diese weiter auszubauen. So kann die Expertise des jeweiligen Ministeriums genutzt werden und es kommt zu keinen Überschneidungen der Zuständigkeitsbereiche. Diese Maßnahmen garantieren eine effiziente und zielgerichtete Gleichstellungspolitik.

- 4. Die UN-Agenda 2030 und Ziel 5: Geschlechtergerechtigkeit und Stärkung der Partizipation von Frauen will die Bundesregierung mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie umsetzen. Reicht das?**

Die Aufnahme der Geschlechtergerechtigkeit als eigenständiges Ziel der UN-Agenda 2030 war ein

wichtiger Schritt auf dem Weg zur vollständigen Gleichstellung von Frau und Mann. Inwieweit die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung in der Lage sein wird, die formulierten Ziele zu erreichen, hängt stark von der tatsächlichen Umsetzung der geplanten Maßnahmen ab und lässt sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht final abschätzen. Unserer Meinung nach sollte jedoch auch abseits der Nachhaltigkeitsstrategie mehr passieren. Besonders die Bildung sollte nicht nur in den Entwicklungsländern sondern auch in Deutschland weiter verbessert werden. Eine nachhaltige und aufgeklärte Bildung fördert ein modernes Frauen- und Familienbild und damit einhergehend die Gleichstellung von Mann und Frau.

- 5. Die ökonomische Gleichstellung von Frau und Mann ist nach wie vor nicht erreicht. Welche Initiativen unterstützen bzw. planen Sie zum Abbau von Diskriminierung? Sind Sie für die Abschaffung der Mini-Jobs? Setzen Sie sich für ein Lohngleichheitsgesetz ein? Treten Sie für eine Wahlarbeitszeitgesetzgebung ein, die Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ohne Nachteile ermöglicht?**

Für eine ökonomische Gleichstellung von Frau und Mann bedarf es einen modernen und flexiblen Arbeitsmarkt. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass das größte Hindernis für Frauen im Chefsessel Pausen im Arbeitsleben oder phasenweise Teilzeit darstellen. Um diese Hürden zu überwinden, setzen wir uns für flexible Arbeitszeitmodelle und digitale Arbeitsplätze ein. So wird zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten möglich, so dass Familie und Job leichter vereinbar sind. Mini-Jobs sind ein wichtiges Element eines flexiblen Arbeitsmarktes. Sie bieten eine niederschwellige Möglichkeit zum Berufseinstieg und werden oft von Müttern genutzt, die noch keiner Vollzeittätigkeit nachgehen wollen oder können. Darüber hinaus wollen wir Frauen noch stärker ermuntern, klassische Männerbranchen zu erobern, deren Jobs meist besser bezahlt sind als diejenigen, die viele Frauen traditionell ergreifen. So kann die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern verkleinert werden. Ein allgemeines Lohngleichheitsgesetz lehnen wir mit Blick auf die bürokratischen Hürden für Arbeitgeber und den damit verbundenen Konsequenzen ab und setzen uns stattdessen dafür ein, weitere positive Anreize zu schaffen.

- 6. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um die berufliche und gesellschaftliche Integration von Migrantinnen gezielt zu fördern, insbesondere von geflüchteten Frauen?**

Eine Teilhabe am deutschen Arbeitsmarkt ist einer der wichtigsten Schritte auf dem Weg zur vollständigen Integration. Über den Beruf können Migranten und Migrantinnen ihre Sprachkenntnisse schnell weiter verbessern, die deutsche Kultur besser kennen lernen und soziale Kontakte knüpfen. Wir Freie Demokraten halten dabei die Bildung für den Schlüssel für eine schnelle Integration in den deutschen Arbeitsmarkt und damit in die deutsche Gesellschaft. Leider ist es in manchen Bundesländern immer noch so, dass geflüchtete Kinder erst dann einen Anspruch auf Unterricht haben, wenn sie die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen. Wir fordern ein sofortiges Schulrecht für nach Deutschland geflüchtete Kinder. Doch auch für geflüchtete Erwachsene muss mehr getan werden. Wir wollen mehr Beratungsangebote schaffen und den Bereich der Erwachsenenbildung stärker ausbauen. Frauen sollen dabei noch stärker über ihre Möglichkeiten in Deutschland aufgeklärt und besonders zur Teilnahme an den entsprechenden Angeboten ermutigt werden. Gleichzeitig wollen wir bürokratische Hürden abbauen und Geflüchteten einen schnelleren und niedrigschwelligen Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Dazu gehört auch, dass im Ausland erlangte Qualifizierungen und Abschlüsse schneller und unkomplizierter anerkannt werden.

7. Welche Aufgabe hat Ihrer Meinung Familienpolitik? Treten Sie für ein flächendeckendes Netz der außerfamiliären kostenlosen Kinderbetreuung ein? Werden Sie sich für die Abschaffung des Ehegattensplittings einsetzen? Warum? Warum nicht?

Die Familie ist die wohl wichtigste Einheit im Leben eines jeden Menschen. Dementsprechend hoch zu bewerten ist die Politik, die Einfluss auf das Leben einer Familie in Deutschland hat. Uns Freie Demokraten ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders wichtig. Beruflicher Erfolg darf niemals an der privaten Rolle als Vater oder Mutter scheitern und umgekehrt darf der Beruf niemals einer Familiengründung im Wege stehen. Aus diesem Grund halten wir einen Ausbau der kostenlosen Kinderbetreuung für sehr wichtig, um Eltern den Freiraum zu schaffen, parallel zur Familie beruflich erfolgreich sein zu können. Das Ehegattensplitting stellt eine wichtige steuerliche Entlastung für Familien dar, besonders in Haushalten, in denen das Einkommen sehr ungleich verteilt ist. Ein Wegfall würde die Familien zusätzlich finanziell belasten. Aus diesem Grund sind wir gegen die Abschaffung des Ehegattensplittings und setzen uns im Gegensatz für eine Modernisierung ein.

8. Wie stellen Sie sich eine geschlechtergerechte Alterssicherung vor?

Grundsätzlich bedarf es einer flexibleren Altersvorsorge, die den modernen Erwerbsbiografien gerecht werden. Wir setzen uns für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand ein, sodass ab 60 jeder und jede selbst entscheiden kann, wie lange er oder sie noch arbeiten möchte. Darüber hinaus möchten wir betriebliche und private Altersvorsorge attraktiver gestalten und sprechen uns für eine Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip aus. Hierbei sollen die einzelnen Bausteine flexibel miteinander kombiniert und entsprechende Kombinationen sollen problemlos verändert werden können. Auch der Wechsel zwischen Anstellung, Selbstständigkeit sowie Voll- und Teilzeit muss erleichtert werden und darf keine negativen Auswirkungen auf die Altersvorsorge haben. All diese Maßnahmen werden dazu beitragen, dass sich jeder Mensch, unabhängig vom Geschlecht, flexibel und individuell mit seiner Alterssicherung auseinandersetzen kann.

9. Frauengesundheit ist nach wie vor nachbesserungswürdig. Wie können Maßnahmen aussehen, die dazu führen, dass Gesundheitspolitik zukünftig Behandlungen, Therapien, Vorsorge und Medikation geschlechterdifferenziert berücksichtigt?

Wir Freie Demokraten sehen den Handlungsbedarf im Gleichstellungsbereich. Eine Maßnahme gegen die Unterrepräsentation der Frauen in Studien bei der Arzneimittelentwicklung können gendergerechte Forschungsdesigns sein. Hierdurch wären die Frauen angemessen repräsentiert und die belegbare Wirksamkeit sowie die Sicherheit der Medikamente würden sich erhöhen.

10. (Häusliche) Gewalt gegen Frauen ist Alltag. Was können Maßnahmen der Zukunft sein, vor allem im Ausbau des präventiven Schutzes vor Gewalt? Wie sollen Frauen vor Diskriminierung im Cyberraum geschützt werden?

Zielgerichtete und durchdachte Präventionsarbeit ist das wohl effektivste Mittel gegen Gewalt gegen Frauen. Hierbei spielt die Bildung eine, wenn nicht sogar die entscheidende Rolle. Wir setzen uns für eine zeitgemäße und umfassende Schulbildung ein, in der zentrale Werte und Normen vermittelt werden sollen. Dies ist die Grundlage für ein friedliches, gewaltfreies und gleichberechtigtes Miteinander in unserer Gesellschaft.

Darüber hinaus wollen wir den aktuell nahezu rechtsfreien Raum, welchen soziale Netzwerke aktuell bilden, stärker kontrollieren. Diskriminierungen von Frauen und anderen Personenkreisen und Hass-Postings müssen konsequenter verfolgt und sanktioniert werden. Hierfür halten wir es für unabdingbar, die dafür zuständigen Stellen in Polizei und Staatsanwaltschaft finanziell und personell endlich angemessen auszustatten.

11. Zum weiteren Ausbau der Geschlechtergerechtigkeit gehören auch Maßnahmen zur Abschaffung der sichtbaren und unsichtbaren Diskriminierung von lesbischen Frauen, da deren Interessen als Frauen im Zusammenhang von LSBTI Programmen nicht hinreichend vertreten werden. In welcher Form werden Sie sich dafür einsetzen?

Wir Freie Demokraten sind der Meinung, dass die persönliche Freiheit das höchste Gut ist. Jeder sollte das Recht haben, frei über sein Leben zu entscheiden. Aus diesem Grund setzen wir uns verstärkt für die Abschaffung von Diskriminierungen jeder Art ein. LSBTI Programme stellen einen wichtigen Schritt dieses Prozesses dar, erscheinen jedoch als nicht ausreichend. Deshalb fordern wir den Abbau solcher Diskriminierungen auch außerhalb der Programme. Einer dieser Bereiche, in denen schwule und lesbische Menschen Diskriminierung erfahren, ist beispielsweise die Partnerschaft. Wir vertreten das Prinzip „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte für alle Paare“ und fordern die Öffnung der Ehe für alle. Dies stellt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren dar und vermag die Diskriminierung, die lesbische Paare erfahren müssen, weiter zu reduzieren.

12. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit will Geschlechtergerechtigkeit. Aus welchem Grund wird die Zusammenarbeit zwischen Frauen-NRO in Nord und Süd nicht ausreichend gefördert?

Wir halten es für unzulässig, dass die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen NGOs in unterschiedlichen Bereichen unterschiedlich stark gefördert wird. Hier darf keine thematische Differenzierung und damit einhergehend thematische Diskriminierung vorgenommen werden. Warum die aktuelle Bundesregierung an dieser Praxis festhält, können wir leider nicht beantworten, da wir zurzeit keine Einblicke in das zuständige Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben.